

Ein komplexes Gebilde. Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017

Knut Bergmann, Matthias Diermeier und Judith Niehues

Am 24. September 2017 war schnell klar, dass die Alternative für Deutschland (AfD), die bei der Bundestagswahl zuvor noch knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert war, diese diesmal nicht nur locker übersprungen hatte, sondern mit deutlichem Abstand die stärkste der kleinen Parteien wurde. Lange Zeit hatten politische Beobachter gehofft, dass die als rechtspopulistisch charakterisierte Partei nicht so stark werden würde – und die AfD-Protagonisten hatten eigentlich alles dafür getan, ihr Spitzenpersonal und damit die Erfolgsaussichten der Partei zu beschädigen.

Die Wahlerfolge der AfD, mit der sich seit den Grünen Anfang der 1980er Jahre erstmals wieder eine vollkommen neue Kraft im Parteiensystem etablieren konnte, haben vielfältige Analysen hervorgerufen. Nach der Bundestagswahl verschärfte sich die Suche nach deren Ursachen nochmals. Besonders im Fokus stand dabei die Vernachlässigung strukturschwacher Regionen: „Die Klage ist nicht von der Hand zu weisen, liegt darin auch ein Schlüssel für das gute Abschneiden der AfD in Gegenden, deren Bewohner abgehängt sind oder sich zumindest so fühlen.“¹ Jedenfalls soll das Wahlergebnis aus regionalen Ursachen erklärbar sein. Dort, wo die Globalisierung negative Folgen zeitigt, komme die AfD auf sehr gute Ergebnisse, während dies dort nicht der Fall sei, „wo die Globalisierung positiv wirkte – also in den Regionen, deren angestammte Industrien dank der Öffnung der Grenzen vor allem mehr exportieren konnten. [...] Der Hang, rechts zu wählen, lässt sich den statistischen Auswertungen zufolge vollständig dadurch erklären, wie stark in den betreffenden Regionen die Arbeitslosigkeit gestiegen ist – und zwar als Folge des erhöhten Importdrucks“².

Zudem wurden in der Diskussion teilweise Parallelen zu dem Votum der Briten für den Brexit und der Wahl *Donald Trumps* zum Präsidenten der USA gezogen. Tatsächlich passt die höhere Zustimmung zur AfD in Regionen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten ins Bild der aktuellen Forschung: *Sascha O. Becker*, *Thiemo Fetzer* und *Dennis Novy*³ finden bei ihrer Analyse des Brexit-Referendums, dass in wirtschaftlich schwächeren Regionen vermehrt für den Ausstieg aus der EU gestimmt wurde. *Clément Malgouyres*⁴ zeigt für Frankreich einen regionalen Zusammenhang zwischen globalisierungsbedingtem Lohndruck im Niedriglohnssektor und hoher Zustimmung zum Front National. *Ronald F. Inglehart* und *Pippa Norris*⁵ können statistisch einen Zusammenhang zwischen Indikatoren wirtschaftlicher Strukturschwäche und Zustimmung zu rechtspopulistischen Parteien in Europa iden-

1 *Judith Lembke*, Chance für die Provinz, in: FAZ vom 2. Dezember 2017, S. 21.

2 *Thomas Fricke*, Revolte in den deutschen Armenhäusern, in: Spiegel online vom 27. Oktober 2017, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/aufstieg-der-rechten-revolte-in-den-deutschen-armenhaeusern-kolumne-a-1174827.html> (Abruf am 23. Januar 2018).

3 Vgl. *Sascha O. Becker* / *Thiemo Fetzer* / *Dennis Novy*, Who Voted for Brexit? A Comprehensive District-Level Analysis, in: *Economic Policy*, 32. Jg. (2017), H. 92, S. 601 – 650.

4 Vgl. *Clément Malgouyres*, Trade Shocks and Far-Right Voting: Evidence from French Presidential Elections, EUI Working Papers, RSCAS 2017/21, San Domenico di Fiesole (FI) 2017.

5 Vgl. *Ronald F. Inglehart* / *Pippa Norris*, Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash, HKS Working Paper No. RWP16-026, Cambridge 2016.

tifizieren. Ihnen zufolge überlagert jedoch ein ideologisches Erklärungsmuster die Korrelation von wirtschaftlicher Deprivation und Zustimmung zu rechten Parteien.

Diskutiert wurde, ob regionale Traditionslinien im Wahlverhalten die überdurchschnittliche Bereitschaft, der AfD die Stimme zu geben, erklären können. Die Partei habe beispielsweise in Baden-Württemberg dort entsprechend gut abgeschnitten, wo früher zuerst die NSDAP und danach die NPD und die Republikaner starke Resultate eingefahren hatten, nämlich im Hohenloher Land und im Nordschwarzwald, „wo die Distanz zu den politischen Zentren aus historischen Gründen schon immer groß war“⁶. Zudem wurde die Themenagenda des Wahlkampfes hinterfragt. Dabei wurde die Weigerung attestiert, „den riesigen rosa Elefanten wahrzunehmen, der da mitten im Raum steht und von allen anderen Parteien [...] und vor allem von vielen Journalisten ignoriert wurde“⁷ – die starke Flüchtlingsmigration nach Deutschland seit 2015.

Zu fragen ist, ob diese Erklärungen hinreichend sind. Trivial, aber als Hinweis vielleicht nötig, ist aus der Wahlforschung bekannt, dass individuellen Stimmentscheidungen wie Wahlergebnissen viele verschiedene Ursachen zugrunde liegen.⁸ Die These von der AfD als Partei des Prekariats wurde zumindest für den Zeitraum von der Gründung bis Ende 2015 entkräftet. Generell ist diese Annahme vor allem von politischer Seite propagiert worden, selbst in den Medien finden sich kaum Kommentierungen in diese Richtung. Der Soziologe *Stephan Lessenich* fasste zuspitzend zusammen: „Bemerkenswerte intellektuelle Energie und nicht geringe institutionelle Ressourcen sind dabei vor allem von linker Seite in eine stetig anwachsende Deutungsindustrie geflossen, der es darum zu tun ist, den Siegeszug der AfD mit den Sorgen und Nöten unterprivilegierter Sozialmilieus in Verbindung zu bringen.“⁹ Ihre vordergründige Plausibilität, Einfachheit und Eingängigkeit dürfte sie politisch so attraktiv erscheinen lassen, zumal sich dem Problem – sofern die Ursachen stimmten – zumindest nach Meinung aller politischen Kräfte links der Union mit dem klassischen sozialpolitischen Instrumentarium beikommen lassen müsste.

Nach wie vor ist bei Analysen und Interpretationen des Wahlergebnisses der AfD zu berücksichtigen, dass es oft an Daten mangelt – und die vorliegenden teilweise ein heterogenes Bild ergeben. Dies zeigt sich nicht zuletzt in den Mikrodaten, die herangezogen werden, um die Prekarisierungshypothese zu erhellen – so auch im vorliegenden Beitrag. Mittels einer Regressionsanalyse wird der Einfluss der verschiedenen Erklärungsmuster – Prekarisierung und Einfluss der Migration – zwischen den Wahlkreisen wie auch die Veränderung der wirtschaftlichen Lage im Zeitverlauf getestet. Eine anschließende Clusteranalyse legt sozio-ökonomische strukturelle Ähnlichkeiten von Regionen offen, anhand derer sich die Frage beantworten lässt, ob ein homogenes Erklärungsmuster existiert, das der Komplexität des AfD-Erfolges gerecht wird. In allen diesen Betrachtungen steht die Frage im

6 *Rüdiger Soldt*, Frust an der Basis, in: FAZ vom 23. Oktober 2017, S. 8.

7 *Michael Hahnfeld*, Schauinsland. Wenn Journalisten vor der Haustür auf Expedition gehen, in: FAZ vom 5. Oktober 2017, S. 15.

8 Einen Eindruck vermittelt anhand von Baden-Württemberg und der AfD im Vorfeld der Bundestagswahl der tiefgehende Beitrag von *Rüdiger Schmitt-Beck* / *Jan W. van Deth* / *Alexander Staudt*, Die AfD nach der rechtspopulistischen Wende. Wählerunterstützung am Beispiel Baden-Württembergs, in: ZPol, 27. Jg. (2017), H. 3, S. 273 – 303.

9 *Stephan Lessenich*, Der Klassenkampf der Mitte, in: SZ vom 3. Januar 2018, S. 9. Einige der Zitate aus der Politik sind dokumentiert bei *Holger Lengfeld*, Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: KZfSS, 69. Jg. (2017), H. 2, S. 209 – 232, S. 212 f.

Mittelpunkt, inwieweit das Kriterium des wirtschaftlichen Abgehängtseins für die Wahlentscheidung zugunsten der AfD ursächlich gewesen sein könnte.

1. Die AfD-Wähler: prekariert oder durchschnittlich?

Die zentrale Frage mit Blick auf den AfD-Erfolg bleibt, ob es sich um wirtschaftlich schwächere soziale Schichten handelte, bei denen die Partei besonders stark abschneiden konnte. Die Ergebnisse hierzu in der Literatur sind uneinheitlich. Während *Knut Bergmann*, *Matthias Diermeier* und *Judith Niehues*¹⁰, *Holger Lengfeld*¹¹ sowie *Oskar Niedermayer* und *Jürgen Hofrichter*¹² zunächst das Bild einer wirtschaftlich überdurchschnittlichen AfD-Anhängerschaft nachzeichnete, identifizierten *Martin Kroh* und *Karolina Fetz*, *Karl Brenke* und *Alexander S. Kritikos*, *Elma Brähler*, *Johannes Kiess* und *Oliver Decker* sowie *Eva Groß* und *Andreas Hövermann*¹³ bereits früh einen Zulauf zur AfD aus tendenziell prekären sozialen Schichten. *Richard Hilmer*, *Bettina Kohlrausch*, *Rita Müller-Hilmer* und *Jérémie Gagné*¹⁴ kamen zu dem Ergebnis, dass sich AfD-Zuneigende nicht durch eine objektive, sondern subjektiv gefühlte wirtschaftliche Deprivation auszeichnen.

Auf ein psychologisch-emotionales Erklärungsmuster der AfD-Parteineigung deutet ebenfalls hin, dass deren Anhänger in praktisch allen Fragekategorien und allen Datensätzen, aus denen sich Ängste, Befürchtungen und Sorgen ableiten lassen, deutlich besorgter sind als der Durchschnitt.¹⁵ Ebenfalls dieser Kategorie ist die Aussage von etwa zwei Dritteln der AfD-Wähler zuzurechnen, dass ihre Entscheidung am 24. September 2017 „aus Enttäuschung über andere Parteien“ (61 Prozent) und nicht aus „Überzeugung für meine Partei“ (31 Prozent) erfolgt sei – was bei den Wählern anderer Parteien mit 30 beziehungs-

10 Vgl. *Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues*, Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: ZParl, 48. Jg. (2017), H. 1, S. 57 – 75.

11 Vgl. *Holger Lengfeld*, a.a.O. (Fn. 9).

12 Vgl. *Oskar Niedermayer / Jürgen Hofrichter*, Die Wählerschaft der AfD: Wer ist sie, woher kommt sie und wie weit rechts steht sie?, in: ZParl, 47. Jg. (2016), H. 2, S. 267 – 285.

13 Vgl. *Martin Kroh / Karolina Fetz*, Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, AfD-AnhängerInnen, DIW Wochenbericht 34/2016, Berlin 2016, S. 711 – 719; *Karl Brenke / Alexander S. Kritikos*, Wählerstruktur im Wandel, Wählerschaft der Parteien, DIW Wochenbericht 29/2017, Berlin 2017, S. 595 – 606; *Elmar Brähler / Johannes Kiess / Oliver Decker*, Politische Einstellungen und Parteipräferenzen: Die WählerInnen, Unterschiede und Nichtwähler 2016, in: *Elmar Brähler* (Hrsg.), Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland, Gießen 2016, 67 – 94; *Eva Groß / Andreas Hövermann*, Menschenfeindlicher und rechtsextremer – Die Veränderung der Einstellungen unter AfD-Sympathisanten zwischen 2014 und 2016, in: *Ralf Melzer* (Hrsg.), Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Bonn 2016, S. 167 – 184.

14 Vgl. *Richard Hilmer / Bettina Kohlrausch / Rita Müller-Hilmer / Jérémie Gagné*, Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, Working Paper der Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung 44, Düsseldorf 2017, S. 6.

15 Vgl. *Knut Bergmann / Matthias Diermeier / Judith Niehues*, Allzeit fern des Durchschnitts: Politische Ansichten der AfD-Anhänger, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 30. Jg. (2017), H. 2, S. 12 – 25. Deutlich wird, dass AfD-Anhänger bereits vor der zunehmenden Rechtsverortung in vielerlei Aspekten extreme Ansichten hegten.

weise 63 Prozent genau umgekehrt ist. Nach der Bundestagswahl gaben 85 Prozent der Wähler der AfD an, diese sei „die einzige Partei, mit der ich meinen Protest ausdrücken kann“¹⁶. Diese Ergebnisse decken sich mit denen von vorangegangenen Landtagswahlen sowie der Einschätzung der Zielgruppen durch die Partei selbst. Für ihren Bundestagswahlkampf hatte der AfD-Bundesvorstand fünf Zielgruppen identifiziert: Eurogegner, liberal-konservative Bürgerliche, Nichtwähler, „kleine Leute“ und eben Protestwähler.¹⁷ Den größten Zustrom erfuhr die AfD mit 1,2 Millionen Zweitstimmen aus dem Lager der Nichtwähler, wobei nicht zu wählen oft die mildere Form der Protestwahl bedeutet. Insofern sind zumindest für einen Teil dieser Gruppe Protestwahlmotive naheliegend. An zweiter Stelle des Wählerstromkontos der AfD stehen mit etwa einer Million Zweitstimmen ehemalige Wähler der Unionsparteien. Der Forschungsgruppe Wahlen zufolge trieben der Protest insbesondere gegen die Flüchtlingspolitik der Union und die Wut auf die Bundeskanzlerin Wähler zur AfD; 89 Prozent der Befragten gaben an, dass die CDU die Sorgen der Bürger nicht mehr ernst nehme.¹⁸

Ein Grund für die teils widersprüchlichen Befunde könnte in den unterschiedlichen Befragungsdatensätzen begründet sein, die den Studien zugrunde liegen. Abbildung 1 stellt die Verteilung der AfD-Anhänger nach dem Einkommen auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) und der German Longitudinal Election Study (GLES) im Jahr 2016 gegenüber. Dabei wird jeweils auf das monatliche Haushaltsnettoeinkommen zurückgegriffen, das für alle Datensätze abgefragt wird.¹⁹ Da sich die Haushaltsgröße der AfD-Anhänger nur geringfügig von der sonstigen Bevölkerung unterscheidet, gibt die Darstellung Aufschluss darüber, ob sich AfD-Anhänger gegenüber den übrigen Befragten stärker im unteren, mittleren oder oberen Einkommensbereich konzentrieren. Mit Blick auf die Parteipräferenz ist anzumerken, dass im SOEP nach der eher langfristig angelegten Parteieignung gefragt wird, bei ALLBUS und GLES hingegen die Wahlabsicht bei der nächsten Bundestagswahl im Fokus steht, also die klassische Sonntagsfrage.

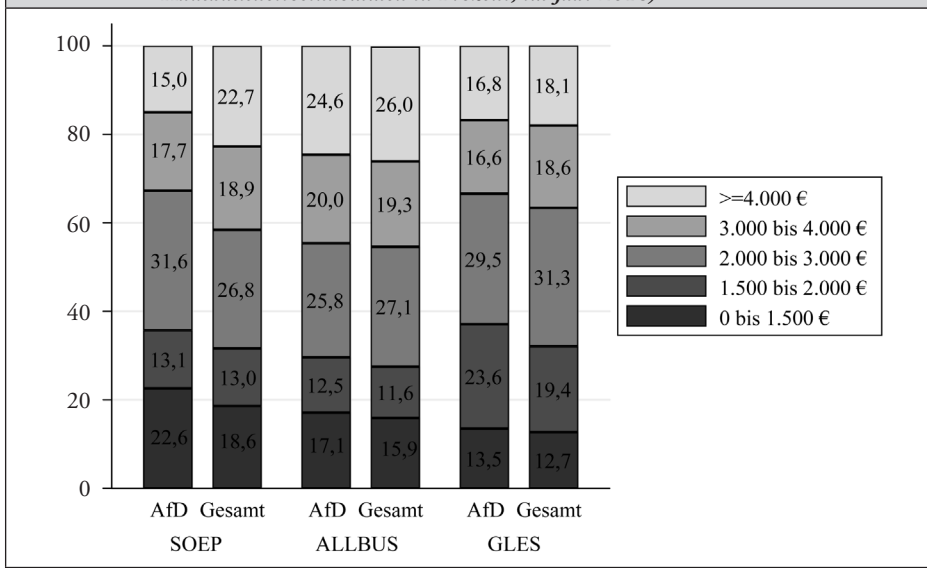
16 Infratest dimap, Umfragen zur AfD, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2017-09-24-BT-DE/umfrage-afd.shtml> (Abruf am 30. April 2018). Auch eine breit angelegte qualitative Untersuchung unter Gewerkschaftsmitgliedern kam zu dem Ergebnis, dass sich die Hinwendung zur AfD insbesondere aus Protestmotiven speist (vgl. Dieter Sauer / Ursula Stöger / Joachim Bischoff / Richard Detje / Bernhard Müller, Rechtspopulismus und Gewerkschaften, Hamburg 2018, S. 51 ff., S. 158 ff.).

17 Vgl. Alternative für Deutschland, Demokratie wieder herstellen: Dem Volk die Staatsgewalt zurückgeben, AfD – Manifest 2017: Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017, unveröffentlichtes Strategiepapier des AfD-Bundesvorstandes vom 22. Dezember 2016, S. 4.

18 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen, Umfragen zur AfD, <http://www.sueddeutsche.de/politik/afd-bei-bundestagswahl-sechs-grafiken-die-den-erfolg-der-afd-erklaren-1.3681714> (Abruf am 30. April 2018).

19 Da die Angaben zum Haushaltsnettoeinkommen im ALLBUS teilweise und im GLES grundsätzlich nur gruppiert vorliegen, wird eine klassifizierte Darstellung gewählt. Die Fälle ohne Einkommensangabe in ALLBUS (11,1 Prozent) und GLES (5,5 Prozent) werden bei der Betrachtung herausgerechnet. Im SOEP werden fehlende Einkommensangaben vollständig imputiert. Die Darstellung des SOEP und ALLBUS werden jeweils auf die erwachsene Bevölkerung in Privathaushalten hochgerechnet (wobei im ALLBUS die nicht-deutsch sprechende Bevölkerung systematisch untererfasst ist), im GLES auf die wahlberechtigte Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit.

Abbildung 1: Einkommensstruktur der AfD-Anhänger (Bevölkerungsanteile nach monatlichem Haushaltsnettoeinkommen in Prozent, im Jahr 2016)



Quelle: SOEP, ALLBUS, GLES.

Da einzig im SOEP durch spezielle Stichproben auch die Migrationsbevölkerung umfassend abgebildet wird, überrascht es zunächst nicht, dass in diesem Datensatz der Anteil der erwachsenen Bevölkerung mit weniger als 1.500 Euro Haushaltsnettoeinkommen am höchsten liegt, da Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland im Vergleich zur übrigen Bevölkerung über tendenziell unterdurchschnittliche Einkommen verfügen. Unter den Befragten mit AfD-Parteineigung liegt aber auch der Anteil mit niedrigen Einkommen im SOEP deutlich höher und umgekehrt derjenigen mit hohen Einkommen deutlich niedriger, so dass die Ergebnisse auf eine eher prekäre Klientel hindeuten. Demgegenüber zeigen sich bei Befragten mit AfD-Wahlabsicht in den ALLBUS-Daten nur geringfügig erhöhte Anteile im unteren Einkommensbereich; die Ergebnisse stehen im Einklang mit *Karl Brenke* und *Alexander S. Kritikos*²⁰, die ebenfalls leicht unterdurchschnittliche Einkommen der AfD-Anhänger auf Basis der ALLBUS 2016 beschreiben. In der GLES, einer reinen Online-Befragung, scheinen die Einkommensränder grundsätzlich schwächer besetzt zu sein. Die Abweichungen der AfD-Anhänger bei den sehr geringen Einkommen sind hier unauffällig, weisen aber auf ein starkes Abschneiden in der unteren Einkommensmitte hin.

Die Daten des SOEP deuten somit auf eine prekarierte Struktur der AfD-Anhänger, gemäß ALLBUS repräsentieren diese hingegen eher ein Abbild der durchschnittlichen Einkommensstruktur Deutschlands, auf Basis der GLES sind sie besonders in der unteren Einkommensmitte vertreten. Ein Grund kann darin liegen, dass im SOEP eine langfristige Parteibindung abgefragt wird.²¹ Tatsächlich ergibt eine weitere Analyse auf Basis der GLES-

20 Vgl. *Karl Brenke* / *Alexander S. Kritikos*, a.a.O. (Fn. 13).

21 Personen mit Wahlabsicht oder Parteibindung zeichnen sich im Durchschnitt durch höhere Einkommen aus. Daraus folgt, dass eine leicht unter dem Bevölkerungsdurchschnitt liegende Ein-

Daten, dass sich bei den Befragten mit AfD-Parteiidentifikation oder längerfristiger Parteibindung eine deutlich schwächere Einkommensstruktur der AfD-Anhänger zeigt als bei denjenigen Befragten mit AfD-Wahlabsicht bei der nächsten Bundestagswahl. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass es sich bei AfD-Wählern mit höheren Einkommen eher um Protestwähler handelt.

Über die Querschnittsbetrachtung der Einkommen hinaus ist zweierlei interessant: erstens, wie sich die Einkommen der AfD-Anhänger im Lauf der Zeit verändert haben, denn die Partei ist schließlich seit ihren Gründungstagen in der Wahrnehmung der Wahlberechtigten programmatisch sowie in der medialen Berichterstattung zunehmend nach rechts gerückt²², sowie zweitens, welche Wähler für den Erfolg der Partei bei der Bundestagswahl 2017 gesorgt haben.

Dabei beinhalten die vorliegenden Mikrodatensätze ebenso große Unterschiede wie die Nachwahlbefragungen (Exit-Polls), auf deren Grundlage die 18.00-Uhr-Prognose sowie Motive und sozio-demografische Merkmale der Wähler erhoben werden. Die SOEP-Daten deuten auf eine kontinuierliche Prekarisierung der AfD-Anhänger hin, die sich insbesondere seit 2015 vollzogen hat. Da die Daten der ALLBUS nur im zweijährigen Turnus abgefragt werden, lässt sich auf dieser Grundlage nicht feststellen, wann die – im Vergleich zum SOEP deutlich schwächere – Verschiebung zu geringeren Einkommen stattgefunden hat. Gemäß der Jahresdurchschnittsberechnungen auf Basis der GLES zeigen sich nach 2015 nur noch geringfügige Änderungen an den Einkommensrändern. Insbesondere die Vorwahlbefragung der GLES in den letzten beiden Wochen vor der Bundestagswahl lässt wiederum lediglich geringe Unterschiede zum Durchschnitt der übrigen Wahlberechtigten erkennen, mit einem etwas stärkeren Abschneiden in der unteren und mittleren Einkommensmitte (vgl. Abbildung 2).²³

Die unterschiedlichen Befunde offenbaren die Schwierigkeit, die AfD-Anhänger auf der Einkommensskala eindeutig zuzuordnen. In der Gesamtschau der Daten deutet viel darauf hin, dass sich der durchschnittliche Befragte mit AfD-Wahlabsicht mit Blick auf das Einkommen nur wenig vom durchschnittlichen Wahlberechtigten unterscheidet. Weil aber gerade Personen mit geringem Einkommen eine niedrigere Wahlbeteiligung aufweisen, ergibt sich gegenüber den übrigen Parteianhängern eine prekärere Wählerklientel.²⁴

Der Uneinheitlichkeit der Befunde bei den Einkommen steht ein eindeutiges Bild der Erwerbsstruktur der AfD-Anhänger gegenüber. In allen Datensätzen zeigt sich deutlich,

kommensstruktur der AfD-Anhänger automatisch einen noch deutlicheren Abstand zum Durchschnitt der Einkommen der Wähler anderer Parteien markiert.

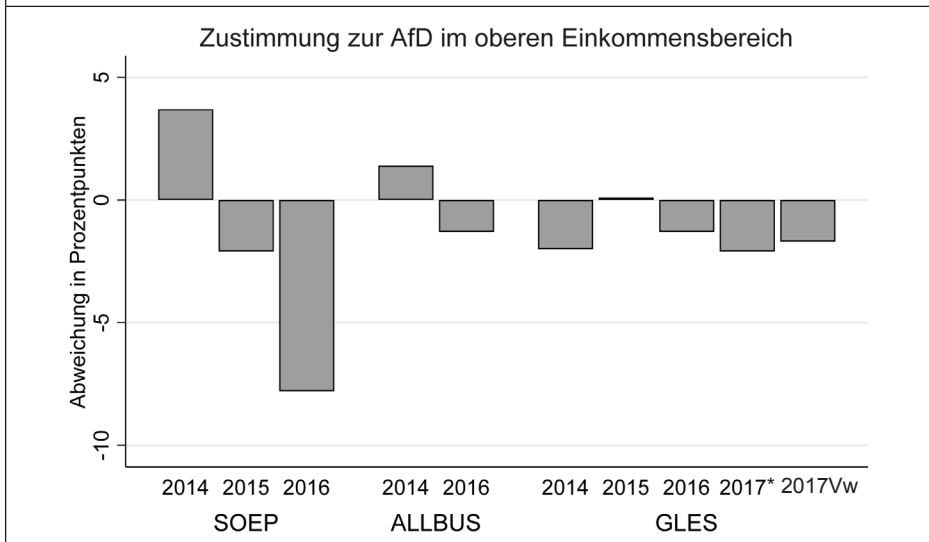
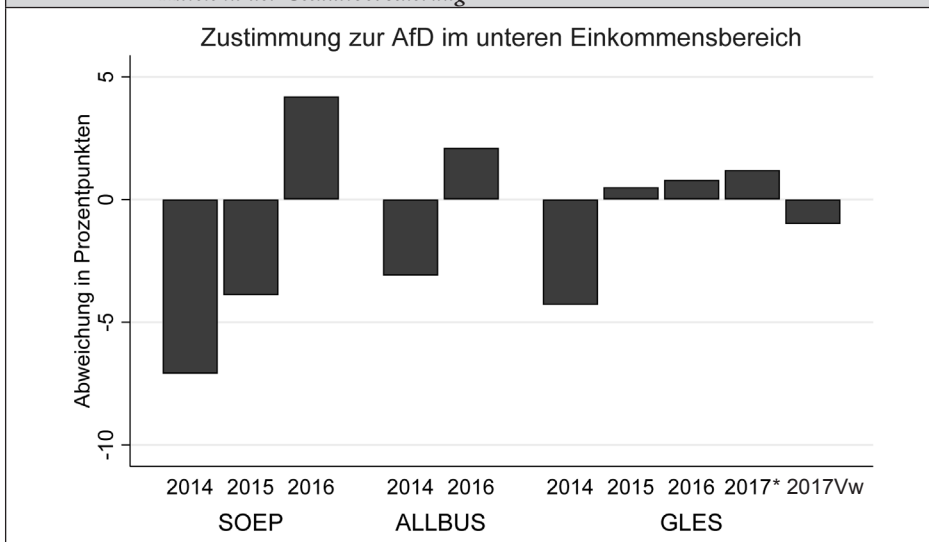
22 Für eine Darstellung der zunehmenden Rechtsverortung der AfD siehe *Knut Bergmann / Matthias Diermeier*, Die AfD. Eine unterschätzte Partei – soziale Erwünschtheit als Erklärung für fehlerhafte Prognosen, IW-Report 7, Köln 2017. Für eine Analyse der programmatischen Rechtsverschiebung der AfD siehe *Joel Rosenfelder*, Die Programmatik der AfD. Inwiefern hat sie sich von einer primär euroskeptischen zu einer rechtspopulistischen Partei entwickelt?, in: ZParl, 58. Jg. (2017), H. 1, S. 123 – 140.

23 Auf Basis der ebenfalls für wissenschaftliche Auswertungen verfügbaren Yougov-Online-Befragungsdaten ergeben sich leicht überdurchschnittliche Einkommen der AfD-Anhänger im gesamten Befragungszeitraum April bis September 2017 wie auch bei der letzten Befragung vor der Bundestagswahl. Da allerdings für fast ein Fünftel der Fälle keine Einkommensinformationen vorliegen, bleiben die Ergebnisse hier unberücksichtigt.

24 Vgl. anstatt vieler *Armin Schäfer*, Wahlbeteiligung und Nichtwähler, in: APuZ, 63. Jg. (2013), H. 48/49, S. 39 – 46.

das die AfD besonders bei Arbeitern in zunehmendem Maße punkten konnte. Weiter differenziert sticht hervor, dass die größten Abweichungen gegenüber dem Bevölkerungsdurchschnitt bei der Gruppe der angelernten und gelernten Arbeiter sowie Vorarbeiter und allen voran bei den Facharbeitern zu finden sind.

Abbildung 2: Zunehmende Prekarisierung der AfD-Anhänger im Zeitablauf? Abweichung des Anteils der AfD-Anhänger in der jeweiligen Einkommensgruppe gegenüber dem Anteil in der Gesamtbevölkerung



Anmerkung: Befragte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro (unterer Einkommensbereich) und von über 4.000 Euro (oberer Einkommensbereich); 2017*: Befragungszeitraum Januar bis September; 2017Vw: Vorwahlbefragung.

Quelle: SOEP, ALLBUS, GLES.

Eine Erklärung könnte sein, dass diese Wählergruppen fürchten, dass sich der Strukturwandel in der zunehmenden Wissensgesellschaft nicht zugunsten der Arbeiterschaft vollzieht. Für eine solche Ableitung sprechen Befunde der Hans-Böckler-Stiftung, die unter anderem zu dem Ergebnis kommt, dass der „Arbeitskontext [...] eine wichtige Rolle für die Nähe zur AfD [spielt]. Bei der Wahlentscheidung ist auch hier weniger die objektive Erwerbssituation von Bedeutung, sondern vielmehr die Sorge um die Gestaltbarkeit der eigenen Erwerbsbiographie in der Zukunft“²⁵. Dabei sei festzustellen, dass „Unsicherheiten und Ohnmachtsgefühle angesichts der Zukunft der Arbeitswelt [...] die Wahrscheinlichkeit [erhöhen], AfD zu wählen oder zum AfD-Potenzial zu gehören“²⁶.

Klassischerweise galten Arbeiter als eine Kernklientel der SPD. Die Sozialdemokraten vermochten es aber offensichtlich nicht mehr, ihre vermeintlichen Stammwähler überproportional zu mobilisieren. *Robert Vehrkamp* und *Kludia Wegschaidner* weisen sogar darauf hin, dass die SPD in der Bundestagswahl 2017 in keinem der Sinus-Milieus die Mehrheit der Wähler für sich gewinnen konnte. Demgegenüber sei die AfD „von unten in die Mitte eingedrungen, und hat sich dort als rechtspopulistische Protestpartei der sozial-kulturell Abgehängten und der sich sozial-kulturell bedrängt fühlenden Mitte etabliert“²⁷.

Dass die AfD nicht nur mit der SPD um Wählerstimmen konkurriert, zeigt hingegen der Befund, dass auch die bürgerliche Mitte, eigentlich Kernklientel der CDU, „bei dieser Wahl insbesondere durch die AfD mobilisiert werden konnte“²⁸. In diesem Milieu hat die AfD ganze 15 Prozentpunkte dazu gewonnen. Nach Schätzungen von Infratest dimap belief sich die Wählerwanderung von den Unionsparteien zur AfD bei der Bundestagswahl 2017 auf rund eine Million Wähler und lag damit doppelt so hoch wie jene von der SPD und sogar 2,5 mal so hoch wie von der Partei Die Linke.²⁹ Die starke Mobilisierung in eher konservativen Milieus stärkt die Erkenntnis, dass das weit überdurchschnittliche Abschneiden bei Arbeitern nicht ausreicht, um die größte Gruppe der AfD-Wähler zu stellen – dafür ist ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung zu gering. Ohne die Erfolge bei den größeren Gruppen der Rentner und Angestellten wäre das Ergebnis der AfD nicht zu erklären. Nachwahlbefragungen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen offenbaren, dass sich die Partei in keiner Tätigkeits- oder Bildungsgruppe den jeweils größten Anteil an Wählern sichern konnte – ebenso wenig wie unter den Arbeitslosen oder den wirtschaftlich Unzufriedenen. Selbst wenn laut Forschungsgruppe Wahlen mit 17 beziehungsweise 21 Prozent (Infratest dimap) der Arbeitslosen überdurchschnittlich viele Wähler dieser Gruppe für die AfD votiert haben, ist sie noch keine „Partei der Arbeitslosen“.

25 *Richard Hilmer* / *Bettina Kohlrausch* / *Rita Müller-Hilmer* / *Jérémie Gagné*, a.a.O. (Fn. 14), S. 7.

26 Ebenda, S. 47.

27 *Robert Vehrkamp* / *Kludia Wegschaidner*, *Populäre Wahlen – Mobilisierung und Gegenmobilisierung der sozialen Milieus bei der Bundestagswahl 2017*, Gütersloh 2017, S. 60. Ein anschauliches Beispiel lieferte eine Reportage von *Gabriela Herpell* / *Jöran Steinsiek*, *Lagerbildung*, in: *SZ Magazin* vom 12. Mai 2017, S. 32 – 38, die die Abwendung von Teilen des traditionellen Milieus der SPD hin zur AfD anhand einer Essener Traditionskei und dem Bergmann *Guido Reil*, einem ehemaligen „Sozi wie aus dem Lehrbuch“, der für die AfD bei der Landtagswahl in NRW 2017 kandidierte, erzählt.

28 *Robert Vehrkamp* / *Kludia Wegschaidner*, a.a.O. (Fn. 27), S. 45.

29 Vgl. *Viola Neu* / *Sabine Pokorny*, *Bundestagswahl in Deutschland am 24. September 2017: Tabellenanhang zur Wahlanalyse. Vorläufiges Ergebnis*, Berlin 2017.

2. Erklärungsfaktoren der Wahlentscheidung

Die vorliegende Analyse der sozio-ökonomischen Struktur von AfD-Anhängern anhand von Befragungsdaten auf Mikro-Ebene deutet auf eine zunehmende Prekarisierung dieser Klientel hin, ist aber – wie gezeigt – mit Unsicherheiten behaftet. *Hanna Schwander* und *Philip Manow*³⁰ gehen sogar so weit, die Nutzung von Befragungsdaten zur Analyse extremer Parteien gänzlich zu verwerfen, da in ihnen einerseits die gesellschaftlichen Ränder systematisch unterrepräsentiert seien und andererseits von den Befragten die eigene politische Beteiligung strukturell überschätzt würde.

Um etwaige Verzerrungen in der Analyse von Mikrodaten vorzubeugen, werden im Folgenden die tatsächlichen Wahlergebnisse der Bundestagswahl 2017 auf Wahlkreisebene einer Regressionsanalyse unterzogen. Auch im unmittelbaren Nachgang der Bundestagswahl wurden die AfD-Erfolge in Zusammenhang mit wirtschaftlichen und sozio-demografischen Charakteristika gebracht – allerdings berücksichtigten diese meist nur isoliert die Zusammenhänge zwischen zwei Variablen. Der mindernde Einfluss wirtschaftlicher Verbesserung wurde beispielsweise verworfen, da Sachsen den stärksten AfD-Zuwachs verbuchte bei gleichzeitig stärkstem Rückgang der Arbeitslosigkeit seit der letzten Bundestagswahl. Der Einfluss des Anteils von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit wurde mit Verweis auf die geringen Anteile in Ostdeutschland ebenfalls verworfen. Die Regressionsanalyse ermöglicht die simultane Betrachtung multipler Kenngrößen und gleichzeitig eine Differenzierung der Wirkungsweise zwischen Ost- und Westdeutschland. Neben dem Einfluss des Niveau-Effektes einzelner Variablen (beispielsweise der Arbeitslosenquote) soll im Anschluss auch der Einfluss der Veränderung dieser Faktoren beleuchtet werden (beispielsweise die Änderung der Arbeitslosenquote seit der letzten Bundestagswahl).

Die folgende Analyse stützt sich auf die Ergebnisse der Bundestagswahl am 24. September 2017 auf Ebene der Wahlkreise.³¹ Die Auswahl der Kontrollvariablen richtet sich nach den Erklärungsansätzen der regionalen AfD-Erfolge, was allerdings durch die Verfügbarkeit der Daten begrenzt wird. Die Prekarisierungsthese soll durch die Variablen Arbeitslosigkeit und das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen abgebildet werden, wobei allerdings nur von erstgenannter ebenfalls die Veränderungen im Datensatz des Bundeswahlleiters erfasst werden. Die vermutete Stärke der AfD in ländlichen Regionen wird über das Merkmal der Bevölkerungsdichte beleuchtet. Evidenz über die Auswirkungen des industriellen Strukturwandels durch zunehmende globale Vernetzung soll über die Bedeutung der Beschäftigung in der Industrie sowie deren Veränderung gewonnen werden. Der Einfluss der Zuwanderung und insbesondere der Flüchtlingsmigration der letzten Jahre lässt sich nur bedingt identifizieren, da die für die Analyse aktuell letztverfügbaren Zahlen auf Ende Dezember 2015 datieren. Daher lässt sich das Thema, welchen Einfluss der deutliche Anstieg von in Deutschland ankommenden Flüchtlingen ab September 2015 auf das Ergebnis der

30 Vgl. *Hanna Schwander / Philip Manow*, It's not the Economy, Stupid! Explaining the Electoral Success of the German Right-Wing Populist AfD, CIS Working Paper No. 94, Zürich 2017.

31 Damit die Wahlkreise trotz Wanderungsbewegungen und demographischem Wandel ungefähr gleich groß bleiben (rund 250.000 Wahlberechtigte je Wahlkreis), wird ihr Zuschnitt von Wahl zu Wahl angepasst (weitere Informationen zu den berücksichtigten Wahlkreisen in Tabelle A1).

Bundestagswahl hatte, das zu den meist diskutierten zählt, nur mit größter Zurückhaltung bei der Interpretation der Daten betrachten.³²

Die Regressionsanalyse wird nach der Methode der kleinsten Quadrate (OLS) durchgeführt. Die abhängige Variable ist für alle Spezifikationen der Anteil der AfD-Zweitstimmen im jeweiligen Wahlkreis. Die Schätzungen sind wie folgt aufgebaut: Zunächst wird der Einfluss der Variablen untersucht, ohne die deutlichen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland zu berücksichtigen. Zuerst wird der Niveauunterschied zwischen den beiden Regionen herausgerechnet (Spalte 2), im Anschluss die Wirkungsweise der Determinanten in West- und Ostdeutschland getrennt untersucht (Spalte 3 und 4). Spalte 5 bezieht sich wiederum auf Gesamtdeutschland, rechnet über die Inklusion von Bundesländer-Dummies allerdings regionale Unterschiede zwischen Bundesländern heraus – die Koeffizienten der Variablen beschreiben somit Abweichungen vom jeweiligen Bundeslanddurchschnitt. Spalte 6 und 7 überprüfen analog die Bundesland-Unterschiede separat für West- und Ostdeutschland. Tabelle A2 stellt die Einflüsse der Niveau-Effekte der Variablen dar, Tabelle A3 die Einflüsse der Veränderungen.

Die Variablen, die sich als Indikatoren für Prekarisierung einstufen lassen, ergeben in der Regression keineswegs ein einheitliches Bild.³³ Spalten (1) bis (4) der Tabelle A2 zeigen keinen signifikanten Effekt der Arbeitslosenquote auf das AfD-Ergebnis, das heißt, in Regionen mit höherer Arbeitslosigkeit wird nicht systematisch stärker AfD gewählt. Dieser Befund passt zu der Beobachtung, dass die AfD in Ostdeutschland und dem Ruhrgebiet zwar in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit, in Westdeutschland allerdings in Baden-Württemberg und Bayern, den Regionen mit der geringsten Arbeitslosigkeit, besonders gut abschneiden konnte. Wenn man die Niveau-Unterschiede zwischen den Bundesländern herausrechnet (Spalte 5 bis 7), ergibt sich ein statistisch signifikanter Einfluss der Arbeitslosenquote. Liegt diese – bei sonst gleichen Bedingungen, was die anderen Variablen angeht – um einen Prozentpunkt über dem durchschnittlichen Niveau eines Bundeslandes, geht dies in Gesamtdeutschland mit einem um einen Prozentpunkt besseren AfD-Ergebnis einher; in Ostdeutschland ist der Effekt mit 1,5 Prozentpunkten sogar noch stärker. Als eindeutiges Indiz,

32 Vgl. *Markus Gehrsitz / Martin Ungerer*, Jobs, Crime, and Votes. A Short-run Evaluation of the Refugee Crisis in Germany, IZA Discussion Paper No. 10494, Bonn 2017; die Autoren finden jedoch keinen Effekt der Flüchtlingsmigration auf die Zustimmung zur AfD während der Landtagswahlen im Jahr 2016. Anekdotisch beschreiben sie das gute Abschneiden der AfD im Osten Sachsen-Anhalts, wo es zu vergleichsweise niedrigem Zuzug von Geflüchteten gekommen ist. Diesem Ergebnis läuft nicht einmal das von Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 16), erhobene Ergebnis zuwider, wonach 96 Prozent der AfD-Wähler sagten, dass sie es gut finden, „dass sie den Zuzug von Flüchtlingen begrenzen will“, weil die darin zum Ausdruck kommende eher abstrakte Ablehnung von Migration nicht das konkrete Erleben von Migranten voraussetzt. Mit anderen Worten: Man kann gegen Migration sein, ohne jemals einen Ausländer vor der eigenen Haustür getroffen zu haben.

33 Variablen zur Altersstruktur innerhalb der Wahlkreise wurden in der Regressionsanalyse vernachlässigt: In bivariaten Korrelationen tritt ein starker positiver Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungsanteil über 59-Jähriger und dem AfD-Ergebnis auf. Kontrolliert man die Altersstruktur in den Regressionen, zeigen sich hingegen leicht stärkere AfD-Ergebnisse in Regionen mit besonders hohem Bevölkerungsanteil von 35- bis 59-Jährigen. Da es sich nicht differenzieren lässt, ob es sich hierbei um ein Maß für die Attraktivität einer Region oder einen demographischen Effekt handelt und das Kontrollieren der Demografievariable kaum zusätzlichen Erklärungsgehalt birgt sowie die diskutierten Effekte nicht beeinflusst, wurde die Altersstruktur in der Regressionsanalyse vernachlässigt.

dass die AfD eher in den strukturschwachen Wahlkreisen eines Bundeslandes gewählt wird, lässt sich dieser Befund allerdings nicht werten, da es gleichzeitig eine leichte Evidenz dafür gibt, dass die AfD in Wahlkreisen besser abschneidet, in denen das Einkommen über dem Bundesland-Durchschnitt liegt. Dies kann als Hinweis interpretiert werden, dass die wirtschaftliche Lage einer Region nicht zwingend auf das AfD-Resultat wirkt.³⁴

Der Einfluss der Veränderung der Arbeitslosenquote seit Ende 2012 fördert keine eindeutigen Ergebnisse zu Tage. Der negative Effekt – gesunkene Arbeitslosigkeit bei besserem AfD-Ergebnis – beim Vergleich aller Wahlkreise ohne Kontrolle jeglicher Niveau-Unterschiede (Spalte 1) in Tabelle A3 beruht auf dem generell starken Rückgang der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland. Berücksichtigt man allerdings grundsätzliche Unterschiede zwischen den Bundesländern, kehrt sich der Effekt um: In Westdeutschland ist die AfD bei ansonsten ähnlichen Bedingungen in jenen Wahlkreisen erfolgreicher, in denen die Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich anstieg.

Demgegenüber zeigt sich zumindest für Westdeutschland ein eindeutiger Urbanisierungseffekt: In Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte schneidet die AfD besser ab. Die Veränderung der Bevölkerungsdichte dürfte als indirektes Maß für die Attraktivität einer Region zu werten sein. Um das Abschneiden der AfD zu erklären, ist diese Dynamik bedeutsamer als ihr statisches Niveau: Dort, wo die Bevölkerung schwindet, erfährt die AfD stärkeren Zulauf. Besonders relevant ist dieser Befund in Ostdeutschland, wo ein Rückgang der Bevölkerungsdichte um einen Prozentpunkt durchschnittlich mit einem besseren Abschneiden der AfD um 0,8 Prozentpunkte einhergeht.

Um den vermeintlich verständlichen Effekt der Veränderung der Bevölkerungsdichte – Einwanderung in eine attraktive Region bei gleichzeitig geringer Zustimmung zur AfD – interpretieren zu können, muss die Migration berücksichtigt werden. Denn eine Veränderung der Bevölkerungsdichte kann nicht allein durch Binnenmigration erfolgen, sondern ebenso durch Zuzug von außerhalb Deutschlands hervorgerufen werden – beispielsweise durch Flüchtlingsmigration. Wo der Ausländeranteil schon immer hoch war, wäre nach der Kontakthypothese von *Gordon W. Allport*³⁵ eine geringe Zustimmung zur AfD zu erwarten: Ihr zufolge wird Migration dort besonders stark abgelehnt, wo sie weniger stark auftritt, weil der häufige Kontakt zu Mitgliedern anderer Gruppen die Vorurteile gegenüber ihnen reduziert. Die Regressionsanalyse liefert jedoch weder Evidenz für die eine, noch für die andere Vermutung: Beim Einfluss des Anteils von Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit zeigt sich ein völlig uneinheitliches Bild, auf dessen weitere Interpretation verzichtet wird, da die Daten nur bis Ende 2015 reichen. Generell bleibt der Einfluss von ausländischer Zuwanderung bis dahin diffus. Der schwache Einfluss der Migrationsvariablen könnte einerseits darauf hindeuten, dass hier Effekte mit unterschiedlicher Wirklich-

34 *Hanna Schwander / Philip Manow*, a.a.O. (Fn. 30), machen einen ähnlichen Befund für AfD-Wahlergebnisse auf Bundeslandebene aus. *Christoph Richter / Lukas Bösch*, *Demokratiefeindliche Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*, Jena 2017, finden bei der Wahlkreisanalyse der Bundestagswahl 2017 zwar, dass wirtschaftliche Deprivation einer Region mit einem besseren Abschneiden der AfD korreliert ist – dieses Ergebnis wird jedoch dominiert durch den Effekt rechten Wählens bei der Bundestagswahl 2013. Bei dem Rückgang der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland ist zu beachten, dass diese nicht nur auf positive wirtschaftliche Entwicklungen, sondern ebenfalls auf den Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials, beispielsweise durch Abwanderung, zurückgehen kann.

35 Vgl. *Gordon W. Allport*, *The Nature of Prejudice*, Reading 1954.

tungen auftreten – beispielsweise: Kontakthypothese versus Ablehnung von konkreter Migration – und andererseits zeigen, dass die Bedeutung erlebter Migration für den AfD-Wahlentscheid schlichtweg begrenzt ist.³⁶

Eindeutiger hingegen ist der Einfluss des Anteils von Industriebeschäftigten auf den AfD-Erfolg. Die AfD war besonders in jenen Bundesländern erfolgreich, die sich durch einen hohen Industrie-Anteil auszeichnen. Zudem schnitt die Partei auch innerhalb der Bundesländer in Wahlkreisen mit höherer Beschäftigung in der Industrie besser ab. Dieses Merkmal ist die einzige Variable innerhalb der Regression, die gleichermaßen in Ost- und Westdeutschland wirkt.³⁷

Es ist durchaus möglich, dass Arbeitnehmer in der Industrie in besonderem Maße von den nach *Catherine de Vries* und *Isabell Hoffmann*³⁸ für AfD-Wähler relevanten Globalisierungsgängsten betroffen sind – schließlich wird Globalisierung häufig mit der Auslagerung industrieller Arbeitsplätze in Billiglohnländer in Verbindung gebracht.³⁹ Der Koeffizient der Veränderung des Anteils der Industriebeschäftigten ist hingegen in keiner Spezifikation statistisch signifikant, das heißt ein tatsächlicher Abbau von Industriearbeitsplätzen während der vergangenen Wahlperiode hat keinen Einfluss auf das Ergebnis der AfD. Beispielhaft spiegeln dies Ingolstadt und Zwickau wider: Obwohl die Industriebeschäftigung dort um drei beziehungsweise vier Prozent anstieg, konnte die rechtspopulistische Partei in beiden Städten mit 15 beziehungsweise 26 Prozent der Wählerstimmen herausragende Erfolge erzielen. Ein jüngst erlebter industrieller Niedergang kann demnach kaum als grundsätzliches Erklärungsmuster angeführt werden. Allerdings widerlegt dieser Befund nicht die – mit den ausgewerteten vorliegenden Daten aber auch nicht zu verifizierende – Hypothese, dass die AfD 2017 erfolgreicher in Regionen abgeschnitten hat, die längerfristig von einem globalisierungsgetriebenen Strukturwandel betroffen waren.⁴⁰

Zuletzt zeigt sich in allen Spezifikationen mit Ausnahme der separaten Betrachtung der ostdeutschen Bundesländer, dass ein Anstieg der Wahlbeteiligung mit einem höheren AfD-

36 Um Ablehnung einzelner Bevölkerungsgruppen hervorzurufen, braucht es keine konkrete Bedrohung. So können Zugezogene von der eingesessenen Bevölkerung lediglich als empfundene Bedrohung im Streit um knappe wirtschaftliche und politische Ressourcen erlebt werden. *Jens Rydgren*, *Immigration Sceptics, Xenophobes or Racists? Radical Right-Wing Voting in Six West European Countries*, in: *European Journal of Political Research*, 47. Jg. (2008), H. 6, S. 737 – 765.

37 Auch die Regressionsanalyse der Bundestagswahl 2017 von *Christian Franz* / *Marcel Fratzscher* / *Alexander Kritik*, AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblem stärker, DIW Wochenbericht 8/2018, zeigt eine deutliche Korrelation des Anteils der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe mit dem AfD-Wahlergebnis auf Kreisebene.

38 Vgl. *Catherine de Vries* / *Isabell Hoffmann*, *Globalisierungsangst oder Wertekonflikt? Wer in Europa populistische Parteien wählt und warum*, *eupinions* #2016/3, Gütersloh 2016.

39 *Christian Dippel* / *Robert Gold* / *Stephan Heblich*, *Globalization and Its (Dis-)Content: Trade Shocks and Voting Behavior*, California Center for Population Research On-Line Working Paper Series, PWP-CCPR-2016-019, Los Angeles 2016, zeigen beispielsweise einen Einfluss von Handelsöffnung und dessen negative Auswirkung auf lokale Arbeitsmärkte auf die Zustimmung zu rechten Parteien in Deutschland während der 1990er und 2000er Jahre.

40 Zu einem solchen Befund kommt *Jens Südekum*, AfD-Wähler sorgen sich nicht nur vor Zuwanderung, in: *FAZ* vom 27. September 2017, S. 17: „Die am stärksten von Handel getroffenen Regionen, also das Ruhrgebiet, die Pfalz und Ostbayern, neigten bis dato nicht zu mehr AfD oder zu radikaleren Wahlentscheidungen.“ Und weiter: „Stark von Schocks getroffene Regionen scheinen sich von der SPD und der Union jetzt doch ein Stück weit abgewendet zu haben und wählen jetzt mehr AfD.“

Ergebnis einherging. In welchen Regionen die AfD Stimmen aus dem Nichtwählerlager gewinnen konnte und wo sie den anderen Parteien Stimmen abgejagt hat, kann mit den vorliegenden Daten jedoch nicht beantwortet werden.⁴¹

Insgesamt zeigen die Regressionsanalysen, dass der größere Erklärungsbeitrag der AfD-Ergebnisse in den Unterschieden zwischen den Bundesländern liegt. Allein die Unterscheidung zwischen Ost- und Westdeutschland erklärt über 60 Prozent der Variation der AfD-Ergebnisse zwischen den Wahlkreisen, die Kontrolle der Unterschiede zwischen Bundesländern erklärt sogar 78 Prozent der Variation.⁴² Durch die Berücksichtigung der Dummies der einzelnen Bundesländer können zwar regionale Niveau-Effekte überprüft werden, die Regressionsanalyse unterstellt darüber hinaus allerdings für alle Wahlkreise gleiche Einflüsse der Variablen. Daher sollen an dieser Stelle mit Hilfe einer Clusteranalyse unterschiedliche Wirkungsmuster der einzelnen Variablen untersucht werden.

3. Heterogenität der regionalen Determinanten des AfD-Erfolgs

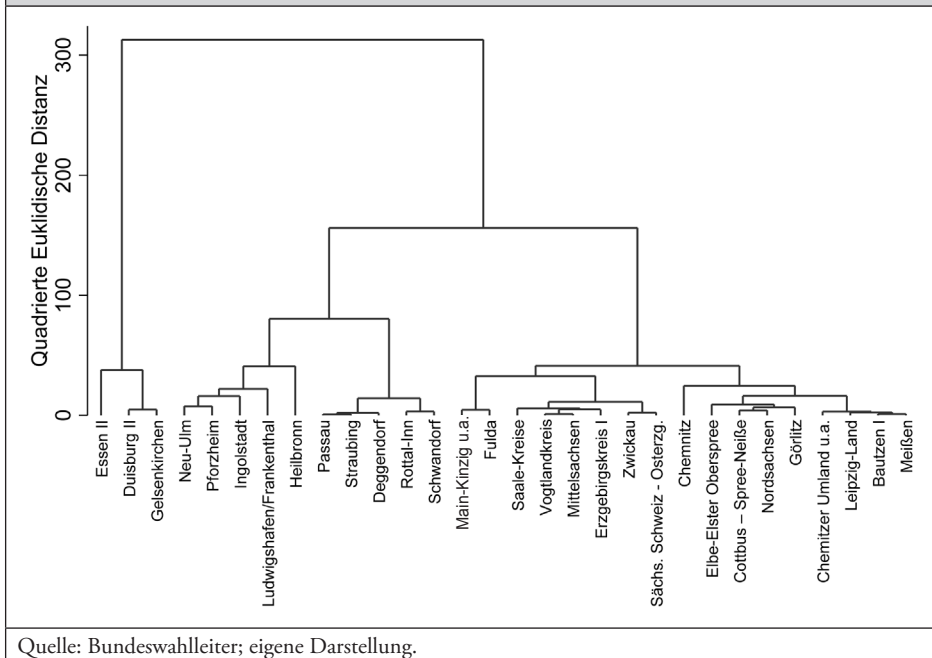
Im dargestellten Basis- und Beispielszenario wird dafür die Ähnlichkeit der in der Regressionsanalyse verwendeten Variablen jeweils für die 15 Kreise aus Westdeutschland und aus Ostdeutschland mit dem höchsten AfD-Ergebnis untersucht. Als Variablen werden jeweils die Arbeitslosenquote, die Bevölkerungsdichte, der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe, das Pro-Kopf-Einkommen sowie der Bevölkerungsanteil der Ausländer berücksichtigt. Zudem werden die Abweichungen dieser Variablen gegenüber dem Durchschnitt der Wahlkreise des jeweiligen Bundeslands und die Änderungen der Kennzahlen seit der letzten Bundestagswahl einbezogen.⁴³ Mittels der hierarchischen Clusteranalyse werden unter den 30 Wahlkreisen jeweils Wahlkreise als Gruppe/Cluster identifiziert, in-

41 *Stefan Haußner / Arndt Leininger*, Die Erfolge der AfD und die Wahlbeteiligung: Gibt es einen Zusammenhang? in: ZParl, 49. Jg. (2018), H. 1, S. 69 – 90, finden bei ihrer Analyse der ansteigenden Wahlbeteiligung der vergangenen Jahre keinen signifikanten Zusammenhang zum zunehmenden AfD-Wahlerfolg. Vielmehr zeigt sich die Partei insbesondere in denjenigen Wahlkreisen erfolgreich, in denen die Wahlbeteiligung besonders niedrig ist. Bei den Landtagswahlen 2016 und 2017 sowie insbesondere der Bundestagswahl 2017 verändert sich dieses Muster: Auch hier ist die AfD besonders erfolgreich in den (ostdeutschen) Wahlkreisen mit niedriger Wahlbeteiligung. Ein Anstieg der Wahlbeteiligung geht in dieser Periode jedoch mit einem besseren AfD-Ergebnis einher. Die vorliegende multivariate Regressionsanalyse bestätigt diesen bivariaten Zusammenhang.

42 Die vorliegenden Ergebnisse erscheinen generell robust: Werden die städtischen oder großstädtischen Regionen in der Regressionsanalyse ignoriert, verändern sich die Ergebnisse strukturell kaum. Nur der negative Einfluss der Bevölkerungsdichte verschwindet – was auf das schwächere AfD-Ergebnis in Großstädten zurückgeht. Zudem verliert der Einfluss des verfügbaren Einkommens seine statistische Signifikanz. Auch wenn Niveaus und Veränderungen gleichermaßen in einer Regression kontrolliert werden, bestätigen sich die oben diskutierten Befunde im Kern. Lediglich die Effekte einiger Veränderungsraten verlieren ihre statistische Signifikanz, was darauf hindeuten könnte, dass die Niveaus der sozio-ökonomischen Variablen für den AfD-Erfolg ausschlaggebender sind als kurzfristige Veränderungen.

43 Abgesehen von der Verortung der beiden hessischen Wahlkreise bestimmt sich die Sortierung allerdings bereits robust durch die Niveaus der einzelnen Variablen, und die Cluster bleiben auch bei variierender Variablenauswahl stabil.

Abbildung 3: Dendrogramm der Clusteranalyse der Top-15-AfD-Wahlkreise in West- und Ostdeutschland



nerhalb derer die Variablen eine möglichst geringe Varianz ausweisen.⁴⁴ Die Ergebnisse einer Clusteranalyse lassen sich in einem so genannten Dendrogramm (vgl. Abbildung 3) darstellen, das anhand der Länge der vertikalen Linien das Ausmaß der Ähnlichkeiten beziehungsweise der Unterschiede zwischen den einzelnen Wahlkreisen visualisiert.

Auf Basis des Dendrogramms lassen sich vier Cluster identifizieren. Links zeigen sich in großer Distanz zu den übrigen AfD-Hochburgen die Wahlkreise des Ruhrgebiets, daran schließen sich eher städtische geprägte Wahlkreise aus Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz an sowie in vergleichsweise geringem Abstand eher ländlich geprägte Regionen aus Bayern. Auf der rechten Seite zeigt sich sehr geschlossen und mit erkennbarem Abstand die Gruppe der 15 ostdeutschen Kreise, der sich mit etwas Abstand die beiden hessischen Wahlkreise zuordnen. Um die Charakteristika der einzelnen Cluster zu erschließen, stellt Tabelle 1 die Durchschnitte der Cluster-Variablen dar, auf deren Grundlage sich die Cluster wie folgt charakterisieren lassen:

Das erste Cluster umfasst drei einzelne Wahlkreise des Ruhrgebiets und unterscheidet sich deutlich von den übrigen AfD-Hochburgen. Zum einen liegen hier die einzigen Regionen mit sehr hoher Bevölkerungsdichte, in denen die AfD besonders gut abschneiden

⁴⁴ Mittels des so genannten Ward-Verfahrens werden möglichst homogene Cluster gebildet, die die Streuung der Variablen innerhalb einer Gruppe minimieren. Als Ähnlichkeitsmaß wird die quadrierte Euklidische Distanz verwendet. Da dieses Maß stark auf Ausreißer reagiert, basiert die Analyse auf standardisierten Variablen.

Tabelle 1: Charakteristika der AfD-Regionen					
Cluster	I Ruhrgebiet	II Städtische Regionen	III Ländliche Regionen	IV (vorwiegend) ostdeutsche Regionen	Deutsch- land ^a
AfD-Stimmanteil (in Prozent)	15,6	15,5	16,8	26,7	12,5
Arbeitslosenquote (in Prozent)	13,0	4,1	3,7	7,1	5,9
Bevölkerungsdichte ^b	2.764	447	109	212	687
Produzierendes Gewerbe (in Prozent)	23,1	42,9	42,8	33,6	30,7
Pro-Kopf-Einkommen (in Euro)	17.647	23.635	20.463	18.770	21.182
Anteil Ausländer (in Prozent)	16,2	14,4	6,7	3,5	10,0
Absolute Abweichung gegenüber dem Durchschnitt des Bundeslands (in Prozentpunkten / Euro)					
Abweichung Arbeitslosenquote	5,3	0,2	0,2	-0,1	.
Abweichung Bevölkerungsdichte	1.591	-146	-615	-394	.
Abweichung produzierendes Gewerbe	-5,4	7,6	7,9	4,3	.
Abweichung Einkommen	-3.532	985	-2.458	159	.
Abweichung Ausländer	6,6	2,8	-4,1	-1,4	.
Veränderung zwischen 2013 und 2017 (in Prozent)					
Änderung Arbeitslosenquote	2,6	-1,6	5,7	-21,6	-6,6
Änderung Bevölkerung	5,6	2,2	0,3	-3,1	0,6
Änderung produzierendes Gewerbe	-10,6	-4,4	-4,1	-4,0	-5,3
Änderung Ausländer	12,3	8,8	15,7	38,0	19,4
Änderung Wahlbeteiligung	3,6	7,6	16,7	8,4	6,5
Altersquote 65+	11,2	10,2	10,3	13,8	11,1
Wahlbeteiligung	66,9	75,8	74,0	74,5	76,2
^a Ungewichteter Durchschnitt ohne Thüringen und die Wahlkreise mit fehlenden Angaben bei der Beschäftigung im produzierenden Gewerbe sowie ohne die Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen.					
^b Der ungewichtete Durchschnitt der Bevölkerungsdichte (Einwohner je km ²) liegt deutlich höher als die Addition der Einwohner je 1.000 Einwohner, da sehr schwach besiedelte, aber dafür großflächige Regionen weniger stark ins Gewicht fallen.					
Quelle: Bundeswahlleiter.					

konnte.⁴⁵ Auch zeichnen sich die drei Ruhrgebietskreise im Gegensatz zu den anderen Wahlkreis-Gruppen als einzige durch ein erkennbar schlechtes Ergebnis in nahezu allen makroökonomischen Kennzahlen aus. Auffällig ist insbesondere der überproportionale Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Auch in jüngster Vergangenheit hatten Essen II, Duisburg II und Gelsenkirchen mit dem industriellen Strukturwandel zu kämpfen – gleichzeitig hat die SPD in allen drei Kreisen überproportionale Einbußen hinnehmen müssen und je ein Fünftel ihrer Stimmen verloren. All dies deutet darauf hin, dass sich die drei Wahlkreise des Ruhrgebietes als wirtschaft-

⁴⁵ Das Cluster hebt sich aber auch dann deutlich von den anderen AfD-Hochburgen ab, wenn die Bevölkerungsdichte unberücksichtigt bleibt. Berlin wird in der Clusteranalyse grundsätzlich nicht berücksichtigt, weil für die Stadt keine differenzierten Daten vorliegen.

lich stark abgehängte Region kennzeichnen lassen – sowohl im bundesdeutschen als auch im NRW-Vergleich.⁴⁶

Grundverschieden dazu stellen sich die Wahlkreise des zweiten Clusters dar, die zwar gegenüber den sonstigen AfD-Hochburgen eher städtisch geprägt sind, aber eine deutlich geringere Bevölkerungsdichte aufweisen als die Agglomerationsräume des Ruhrgebiets oder anderer deutscher Großstädte. Gemäß dem hohen Anteil von Beschäftigten im produzierenden Gewerbe lassen sich die Gebiete durchaus als industriell geprägte Regionen kategorisieren. Zudem verweisen die Indikatoren der wirtschaftlichen Lage auf alles andere als prekäre Milieus. So fällt die Arbeitslosenquote mit 4,1 Prozent außerordentlich niedrig aus, und auch die verfügbaren Einkommen liegen stark über dem Durchschnitt – sowohl innerhalb Deutschlands als auch innerhalb der im Deutschland-Vergleich bereits überdurchschnittlich abschneidenden Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg.

Die ländlichen Regionen Bayerns im dritten Cluster können zwar mit Blick auf ihre Arbeitslosenquote von durchschnittlich nur 3,7 Prozent fast Vollbeschäftigung verzeichnen, die Einkommen rangieren jedoch lediglich im bundesdeutschen Durchschnitt und sind im Vergleich zur umliegenden Region erkennbar unterdurchschnittlich. Auch deutet die Dynamik der Arbeitslosenquote wie auch der Bevölkerungsentwicklung auf eine eher negative Entwicklung in der jüngsten Vergangenheit hin. Typisch für die ländlichen Gebiete liegt der Anteil an Menschen mit ausländischer Herkunft im Vergleich zu den ersten zwei Clustern unter dem Durchschnitt – und hat sich im betrachteten Zeitraum bis Dezember 2015 nicht überdurchschnittlich erhöht.⁴⁷ Damit entsprechen die Regionen dieses Clusters mit leicht unterdurchschnittlicher, aber kaum prekärer wirtschaftlicher Lage durchaus den Erwartungen an ländliche Regionen in Süddeutschland. Allerdings sticht der enorme Anstieg der Wahlbeteiligung heraus. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass die CSU in den betrachteten Kreisen – Passau, Rottal-Inn, Schwandorf, Straubing und Deggendorf – teils über ein Viertel ihrer Stimmen verloren hat, die AfD hingegen ihr Ergebnis vervierfachen oder sogar verfünffachen konnte; weder hat die CSU außerhalb dieses Clusters so viele Stimmen verloren, noch die AfD so viele hinzugewonnen.

Im Basisszenario ordnen sich die hessischen AfD-Hochburgen (Main-Kinzig u.a., Fulda) bei den 15 östlichen Regionen ein. Diese Zuordnung ist allerdings nicht robust: Bleibt die Änderung der Wahlbeteiligung unberücksichtigt, zeigt sich eine größere Ähnlichkeit zu den ländlichen Regionen Bayerns.⁴⁸ Die Kreise des vierten Clusters sind größtenteils eher länd-

46 Die anekdotische Evidenz für Gelsenkirchen zeigt, dass auf Stadtteilebene kein direkter Zusammenhang zwischen Indikatoren wirtschaftlicher Deprivation und dem AfD-Wahlergebnis bestehen muss: Die Arbeitslosenquote ist beispielsweise mit dem AfD-Ergebnis eher unkorreliert. Das beste Ergebnis konnte die AfD in Gelsenkirchen im Stadtteil Scholven erzielen, wo sie 20 Prozent der Stimmen gewann, die Arbeitslosenquote mit acht Prozent aber weit unter dem Durchschnitt Gelsenkirchens liegt. In Gelsenkirchen-Altstadt hingegen findet sich mit knapp 17 Prozent die höchste Arbeitslosenquote, die AfD konnte hingegen lediglich 15 Prozent der Stimmen für sich gewinnen – der drittniedrigste Wert unter allen 17 Stadtteilen.

47 Für die Analyse des AfD-Ergebnisses in den Gebieten Niederbayerns und der Oberpfalz ist in Betracht zu ziehen, dass Flüchtlingsmigration in diesen Regionen in den Jahren 2015 und 2016 unmittelbar und ohne Vorbereitung aufgetreten ist.

48 Die Änderung der Wahlbeteiligung in den beiden hessischen Kreisen liegt mehr als zehn Prozentpunkte unterhalb der entsprechenden Erhöhung der bayerischen AfD-Hochburgen. Gegenüber den ostdeutschen Kreisen liegen die Durchschnittseinkommen erkennbar höher, dafür fällt die Verringerung der Arbeitslosigkeit geringer aus.

lich geprägt, hier herrscht allerdings im Vergleich zum dritten Cluster eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, die sich jedoch aufgrund des enorm hohen Ausgangsniveaus nach 1990 auch deutlich überdurchschnittlich reduziert hat. Das Einkommen der Region liegt weit unterhalb des Bundesschnitts – aber im Durchschnitt des jeweiligen Bundeslands. Das Cluster ist somit durch wirtschaftliche Schwierigkeiten gekennzeichnet, kann aber mit Blick auf die umliegenden Regionen kaum als eindeutig prekär oder gar abgehängt bezeichnet werden. Der Anteil mit Menschen ausländischer Herkunft ist wie in den übrigen ostdeutschen Kreisen vergleichsweise gering – gerade deswegen im Zuge der Flüchtlingsmigration aber überproportional stark angestiegen. Im Gegensatz zu den übrigen Clustern ist in diesen Kreisen – trotz der Zuwanderung – als einzigen eine negative Bevölkerungsentwicklung festzustellen, ein weiteres Indiz für eine geringe Attraktivität der Region. Dies spiegelt sich auch in dem überproportional hohen Anteil älterer Menschen.

Auffällig bei den Ergebnissen der Clusteranalyse ist, dass sich die einzige Region, die in nahezu allen Dimensionen als „abgehängt“ erscheint – die AfD-Hochburgen des Ruhrgebiets –, sich am deutlichsten von den übrigen Clustern unterscheidet. Insgesamt stechen alle vier „Regionaltypen“ durch sehr unterschiedliche Variablenmuster hervor. Steht Cluster II wirtschaftlich vergleichsweise gut dar, lassen sich die Cluster III (gegenüber der „reichen“ süddeutschen Umgebung) und Cluster IV (gegenüber dem Bundesdurchschnitt und aufgrund des langfristigen Bevölkerungsrückgangs) in ausgewählten Dimensionen als „abgehängt“ klassifizieren.

Der plakative Verweis auf das Ruhrgebiet als Beleg für das gute Abschneiden der AfD in den „deutschen Armutshäusern“ erscheint zudem unangemessen, da unter den 55 westdeutschen Wahlkreisen mit einem AfD-Ergebnis oberhalb des bundesdeutschen Durchschnitts nur vier in Nordrhein-Westfalen liegen. Im Ruhrgebiet zählt dazu neben den drei Wahlkreisen des ersten Clusters Herne – Bochum II, wo die AfD knapp 13,3 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte. Die Veränderung der Wahlbeteiligung deutet darüber hinaus auf eine unterdurchschnittliche Wählermobilisierung in diesen sozial schwachen Gebieten hin – die Wahlbeteiligung in den AfD-Hochburgen NRWs gehört noch immer zu den geringsten in Westdeutschland. Insgesamt gehen weniger als 70.000 AfD-Zweitstimmen auf das Konto der vier nordrhein-westfälischen AfD-Hochburgen (von insgesamt rund 4,1 Millionen AfD-Zweitstimmen in Westdeutschland).

Definiert man wahlweise das Drittel der westdeutschen Kreise mit der höchsten Arbeitslosigkeit oder dem geringsten durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen als sozial schwache Regionen, stellen diese ebenfalls jeweils nur rund 30 Prozent der gesamten AfD-Zweitstimmen Westdeutschlands – und damit sogar einen unterdurchschnittlichen Beitrag gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten. Einzig durch wirtschaftliche Schwäche lässt sich der AfD-Erfolg nicht erklären – dafür schneidet sie im wirtschaftlich prosperierenden Süden zu gut ab, in schwachen Gebieten Nordrhein-Westfalens und Norddeutschlands zu schlecht.

4. Fazit: Kein eindeutiges Muster erkennbar

Als Resultat lässt sich zusammenfassen, dass sich auf Grundlage der aktuell verfügbaren Daten ein heterogenes Bild ergibt. Allein durch das gute Abschneiden in den „Armutshochburgen“ Deutschlands und seiner „abgehängten“ Bürger lassen sich die AfD-Erfolge jedenfalls nicht erklären. Zunächst weckt die Analyse der Mikrodaten abermals Zweifel an

der Prekarisierungshypothese als unikausales Erklärungsmuster für den jüngsten AfD-Zulauf – auch wenn das Einkommen der AfD-Anhänger im Zeitverlauf gesunken ist. Die Daten der GLES deuten vielmehr darauf hin, dass die AfD-Anhänger eher einen Querschnitt der Bevölkerung abbilden – mit einer leichten Ballung in der unteren Einkommensmitte. Dabei ist die Bedeutung der Arbeiter im Elektorat der Partei angestiegen.

Zu dem Bild aus der Mikrodatenanalyse passt, dass auch gemäß der Regressionsanalyse auf Wahlkreisebene der Prekarisierungsbefund höchst ambivalent ist. Des Weiteren ist die AfD in den Gebieten besonders erfolgreich, in denen der Industrieanteil in der Beschäftigung besonders hoch ist. Zuschreibungen wie „Partei der Arbeiter“ verbieten sich trotzdem. Generell ist diese Gruppe – wie die der Arbeitslosen – für einen wahlentscheidenden Einfluss zu klein. Überdies ist die AfD in keiner einzigen Wählergruppe die politisch stärkste Kraft.

Die zum Teil erheblichen Unterschiede der verschiedenen Mikrodatensätze werfen Fragen auf, wie sehr sie geeignet sind, die Anhängerschaft einer – in den Augen weiter Teile der Bevölkerung – mit Makeln behafteten Partei einzufangen. Erkenntnisgewinn bieten demgegenüber regionalspezifische Faktoren. So lassen sich unter den AfD-Hochburgen unterschiedliche Muster identifizieren: Die Partei gewinnt in süddeutschen prosperierenden Industriestädten, in ländlichen Gebieten Ostbayerns, wo sich trotz ordentlicher Wirtschaftslage die Wähler massiv von der CSU abwenden, sowie im Ruhrgebiet, das auch in jüngerer Vergangenheit noch einen Abbau von Industriebeschäftigung hinnehmen musste und das als ökonomisch prekär eingestuft werden kann. In den ostdeutschen Bundesländern ist die AfD in Regionen erfolgreich, die wirtschaftlich zwar nicht gut, aber im ostdeutschen Vergleich überdurchschnittlich abschneiden. Angesichts der aus den unterschiedlichen Datenquellen resultierenden Herausforderungen und der heterogenen Ergebnisse könnte man das Kürzel AfD auch mit „Alles figelinsche Daten“ übersetzen.⁴⁹

Was die AfD-Hochburgen mit der Ausnahme von Schwandorf, Leipzig-Land und Meißen gegenüber allen sozio-ökonomischen Unterschieden gemeinsam auszeichnet, ist ihre Historie rechten Wählens. In allen weiteren 27 Wahlkreisen wurden bereits in der Bundestagswahl 1998 zum Teil weit über dem jeweiligen Bundeslanddurchschnitt DVU und Republikaner gewählt. Dies sind jedoch weit zurückreichende Erklärungsfaktoren, die kaum etwas mit mittelfristigen sozio-ökonomischen Entwicklungen zu tun haben dürften. Wie schon an anderer Stelle benannt, harrt die These historischer Persistenz ihrer endgültigen Überprüfung.⁵⁰ Die Popularität der Prekarisierungshypothese als Erklärungsmuster für den Erfolg der AfD mag sich aus ihrem guten Abschneiden in den wirtschaftlich generell schwächeren neuen Bundesländern speisen. Dies wird der Komplexität des rechtspopu-

49 „Figelinsch“ bedeutet im Norddeutschen: knifflig, kompliziert, mit Fingerspitzengefühl anzufassen.

50 *Klaus Liepelt*, Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: PVS, 8. Jg. (1967), H. 2, S. 237 – 271, belegt ein regionales Muster zwischen NPD- und NSDAP-Erfolgen in der jungen Bundesrepublik. Aktuell haben *Davide Cantoni / Felix Hagemeister / Mark Westcott*, Persistence and Activation of Right-Wing Political Ideology, Munich Discussion Paper No. 2017-14, München 2017, einen solchen Zusammenhang für die Wahl rechter Parteien in Deutschland auch während der neunziger Jahre gezeigt. *Hanna Schwander / Philip Manow*, a.a.O. (Fn. 30), S. 19, finden auf Bundesebene, dass auch der AfD-Erfolg auf eine „Tradition rechten Wählens“ zurückzuführen ist.

listischen Aufschwungs in Deutschland aber kaum gerecht. So weisen die strukturschwachen AfD-Hochburgen des Ruhrgebiets und das wirtschaftlich überaus gut situierte Heilbronn bei ähnlichem AfD-Ergebnis eine große Spannweite wirtschaftlichen Erfolges auf. Wie die Regressionsanalyse es bereits nahelegte: Der AfD-Erfolg bestimmt sich stärker aus – vermutlich kulturellen und historischen – Unterschieden zwischen den jeweiligen Regionen als aus den wirtschaftlichen Kennzahlen. Hinzu kommen mutmaßlich Eigenheiten der Parteienlandschaft der einzelnen Bundesländer, wie beispielsweise die Spitzenkandidaten und die außerordentlich heterogene Struktur der jeweiligen AfD-Landesverbände.

Auch für das Elektorat der AfD scheint der – für die gelegentlich etwas holzschnittartig anmutenden medial-politischen Debatten nicht eben taugliche – Befund von *Cas Mudde* zuzutreffen, der in seinem Standardwerk zu den Wählern rechtspopulistischer Parteien in Europa die Existenz einer homogenen Wählerschaft verneint.⁵¹ So unbefriedigend sich die verschiedenen Erklärungsansätze zeigen, so uneinheitlich sind die möglicherweise dahinter liegenden Muster: Es sind weniger die aus dem unmittelbaren eigenen Erleben stammenden Fakten, die Menschen zur Wahl der AfD motivieren, sondern mehr allgemeine mittelbare Wahrnehmungen – ganz so, wie der AfD-Spitzenkandidat für die Berliner Abgeordnetenhauswahl im September 2016, *Georg Pazderski*, es in einer TV-Debatte damals formulierte: „Es geht nicht nur um die reine Statistik, sondern es geht darum, wie das der Bürger empfindet. Perception is reality.“

Die Partei wird weniger als konkreter Problemlöser gewählt denn als politische Kraft, die vermeintliche Wahrheiten ungeschminkt ausspricht („Man wird es ja wohl nochmal sagen dürfen“). Mehr oder weniger kalkulierte Tabubrüche sorgen für die entsprechende Medienaufmerksamkeit. Hinzu kommen die Echokammern des Internets als Resonanzverstärker. Die anderen Parteien wiederum bieten wenig Ankerpunkte: Eine nicht mehr konservative und in sich gespaltene Union, eine taumelnde SPD, zerrissen zwischen ehemaliger Kernklientel und moralisierenden postmodern-urbanen Eliten, die Linkspartei pendelnd zwischen ideologischen Sektierern und heimatlosen Pragmatikern, eine FDP zwischen Wiederaufbau und Selbstfindung, Bündnis 90/Die Grünen nicht unähnlich im Generationswechsel. Das deutsche Parteiensystem befindet sich in einem Wandel, nicht nur wegen der vorläufigen bundespolitischen Etablierung der AfD. Sich eingehend mit den genauen Gründen für die Wahl dieser Partei zu beschäftigen, tut nicht zuletzt Not, weil der politische Wille erkennbar ist, als Gegenstrategie auf ihr Erstarken politische Ableitungen zu treffen. Einfache Antworten verbieten sich jedenfalls – aber das gilt ja nicht nur für die Erklärung von Wahlergebnissen, sondern für die Politik insgesamt.

51 Vgl. *Cas Mudde*, *Populist Radical Right Parties in Europe*, New York 2007, S. 225.

Anhang

Tabelle A1: Deskriptive Statistiken

Variablen	Beobach- tungen	Mittel- wert	Std. Abw.	Min.	Max.
AfD-Stimmenanteil ^a	286	12,4	5,2	4,9	35,0
Arbeitslosenquote März 2017 [†]	286	6,1	2,4	2,0	14,1
Bevölkerungsdichte 31. Dezember 2015 [‡]	286	927	1.491	37	12.656
Anteil Ausländer 31. Dezember 2015 [†]	286	10,3	5,4	1,2	31,5
Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter Industrie 30. Juni 2016 ^b	286	29,7	10,0	8,1	57,7
Verfügbares Einkommen 2014 ^c	286	21.124	2.305	16.135	29.954
Änderung Arbeitslosenquote Dezember 2012 bis März 2017 [†]	286	-7,0	9,0	-29,5	14,7
Änderung Bevölkerungsdichte 30. Sep- tember 2012 bis 31. Dezember 2015 [†]	286	0,6	4,7	-11,9	61,6
Änderung Anteil Ausländer 30. Septem- ber 2012 bis 31. Dezember 2015 [†]	286	18,5	21,8	-15,9	161,9
Änderung Anteil sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigter Industrie 30. Juni 2011 bis 30. Juni 2016 [†]	286	-5,6	4,1	-25,3	5,0
Änderung Wahlbeteiligung 2013 bis 2017 [†]	286	6,5	3,1	1,8	18,7
Nachrichtlich: Wahlbeteiligung 2017 [†]	286	76,2	3,4	64,8	84,4

Anmerkung: Das Bundesgebiet war zur Bundestagswahl 2017 in 299 Wahlkreise eingeteilt. Bayern hat im Vergleich zur Bundestagswahl 2013 aufgrund seiner Bevölkerungsentwicklung zu den bisherigen 45 Wahlkreisen einen weiteren (224 Starnberg – Landsberg am Lech) erhalten. Aufgrund seiner Bevölkerungsentwicklung hat Thüringen einen von neun Wahlkreisen verloren. Der bisherige Wahlkreis 194 Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis wurde aufgelöst. Aufgrund der signifikanten Änderung des Wahlkreiszuschnitts bleiben in der Analyse die Wahlkreise Thüringens sowie sechs weitere Wahlkreise aufgrund fehlender Angaben bei der Beschäftigung im produzierenden Gewerbe / Industrie unberücksichtigt (verbleibende Wahlkreise: 286). Da der Bundeswahlleiter für verschiedene Agglomerationsgebiete lediglich die Durchschnittswerte veröffentlicht, ist eine differenzierte Analyse der Variation zwischen den städtischen Wahlkreisen nicht möglich. Von diesem Problem betroffen sind Hamburg, Hannover, Berlin, Aachen, Köln, Rhein-Sieg Kreis, Essen, Recklinghausen, Dortmund, Leipzig, Frankfurt am Main, München und Stuttgart (Reihung anhand der Wahlkreisnummern).

[†] In Prozent.

[‡] Einwohner je km², aufgrund einiger sehr dünn besiedelter, aber dafür großflächiger Wahlkreise liegt der Mittelwert der Angaben zur Bevölkerungsdichte der einzelnen Wahlkreise deutlich oberhalb der Bevölkerungsdichte Deutschlands (231 Einwohner je km²).

^a Der AfD-Stimmenanteil ist der Anteil der Zweitstimmen für die AfD.

^b Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter Industrie ist der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

^c Verfügbares Einkommen ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Euro je Einwohner.
Quelle: Bundeswahlleiter.

**Tabelle A2: Einfluss wirtschaftlicher und sozio-demografischer Eckdaten (Niveaus)
(abhängige Variable: Stimmenanteil der AfD nach Kreisen, in Prozent)**

Variablen	(1)	(2)	(3) West	(4) Ost	(5)	(6) West	(7) Ost
Arbeitslosenquote [†]	0,200 (-0,1703)	0,045 (-0,1101)	0,006 (-0,0944)	-0,008 (-0,5327)	1,032*** (-0,1123)	0,873*** (-0,1012)	1,529*** (-0,4646)
Bevölkerungsdichte (Einwohner je km ²)	0,0002 (-0,0003)	-0,0001 (-0,0002)	-0,0003* (-0,0001)	0,0017* (-0,0010)	-0,0006*** (-0,0002)	-0,0005*** (-0,0001)	0,0003 (-0,0009)
Anteil ausländischer Staatsangehörigkeit [†]	-0,289*** (-0,0714)	0,136*** (-0,0507)	0,157*** (-0,0413)	-0,816 (-0,6417)	-0,045 (-0,0468)	-0,011 (-0,0395)	-0,390 (-0,4540)
Anteil produzierenden Gewerbes [†]	0,123*** (-0,0349)	0,182*** (-0,0227)	0,139*** (-0,0193)	0,412*** (-0,1224)	0,134*** (-0,0186)	0,113*** (-0,0163)	0,300*** (-0,0999)
Verfügbares Einkommen (in 1.000 €)	-0,707*** (-0,1676)	-0,121 (-0,1120)	-0,161* (-0,0917)	-0,240 (-1,1209)	0,163* (-0,0923)	0,043 (-0,0778)	1,507 (-1,0799)
Konstante	25,233*** (-4,3968)	6,063** (-2,9938)	8,342*** (-2,4917)	17,673 (-23,5613)	-4,749* (-2,6030)	-0,905 (-2,2417)	-27,703 (-24,0878)
Dummy Ost		ja					
Dummy-Bundesländer					ja	ja	ja
Beobachtungen	286	286	241	45	286	241	45
R-Quadrat	0,314	0,716	0,275	0,464	0,853	0,610	0,775
Adj. R-Quadrat	0,302	0,710	0,259	0,395	0,843	0,585	0,718

Anmerkung: *** p<0,01, ** p<0,05, *p<0,1; [†]Anteil in Prozent der Gesamtbevölkerung.

Lesehilfe: Der Koeffizient der Arbeitslosenquote in der ersten Spalte gibt an, dass – unter sonst gleichen Bedingungen – eine um ein Prozentpunkt höhere Arbeitslosenquote mit einem um 0,2 Prozentpunkte höheren AfD-Stimmenanteil einhergeht. Keine Sterne geben an, dass der Effekt nicht einmal mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von zehn Prozent signifikant ist. Das R-Quadrat in derselben Spalte zeigt, dass die betrachteten wahlkreispezifischen Variablen 31,4 Prozent der regionalen Unterschiede der AfD-Ergebnisse erklären können. Das adjustierte R-Quadrat bereinigt den Erklärungsgehalt des Modells um die Anzahl der erklärenden Variablen, da die Hinzunahme jeder weiteren Variable per Definition die erklärte Varianz erhöht. Die Variable „Dummy-Ost“ erfasst die durchschnittlichen Unterschiede der ostdeutschen Wahlkreise gegenüber den westdeutschen – beispielweise die im Durchschnitt höhere Arbeitslosigkeit, deren Einfluss dann nicht mehr von der Variable Arbeitslosenquote getragen wird.

Quelle: Bundeswahlleiter.

Tabelle A3: Einfluss wirtschaftlicher und sozio-demografischer Veränderungen
(abhängige Variable: Stimmenanteil der AfD nach Kreisen, in Prozent)

Variablen	(1)	(2)	(3) West	(4) Ost	(5)	(6) West	(7) Ost
Veränderung Arbeitslosen- quote [†]	-0.237*** (-0,0270)	0,013 (-0,0280)	0,033 (-0,0227)	-0.346** (-0,1626)	0.052** (-0,0259)	0.068*** (-0,0225)	-0,122 (-0,1323)
Veränderung Bevölkerungs- dichte [†]	-0.135*** (-0,0493)	-0.104*** (-0,0385)	-0,040 (-0,0321)	-0.831*** (-0,1815)	-0.108*** (-0,0329)	-0.050* (-0,0288)	-0.756*** (-0,1344)
Veränderung Anteil Ausländer	0.050*** (-0,0114)	-0,015 (-0,0101)	0,022 (-0,0140)	-0.040** (-0,0188)	0,016 (-0,0107)	0,005 (-0,0131)	-0,011 (-0,0195)
Staatsange- hörigkeit [†]	0,022 (-0,0584)	0,061 (-0,0456)	0,012 (-0,0399)	-0,022 (-0,1608)	-0,037 (-0,0415)	-0,016 (-0,0376)	-0,196 (-0,1390)
Veränderung Anteil produ- zierendes Gewerbe [†]	0.578*** (-0,0778)	0.356*** (-0,0628)	0.345*** (-0,0506)	-0,108 (-0,4195)	0.431*** (-0,1065)	0.381*** (-0,0999)	-0,022 (-0,3422)
Konstante	6.272*** (-0,7280)	9.138*** (-0,6055)	8.471*** (-0,5449)	16.529*** (-4,7512)	5.920*** (-0,9700)	6.504*** (-0,8663)	14.555*** (-3,6588)
Dummy Ost		ja					
Dummy- Bundesländer					ja	ja	ja
Beobachtungen	286	286	241	45	286	241	45
R-Quadrat	0,462	0,675	0,215	0,459	0,789	0,418	0,759
Adj. R-Quadrat	0,452	0,668	0,198	0,389	0,775	0,382	0,697

Anmerkung: *** $p < 0,01$, ** $p < 0,05$, * $p < 0,1$; [†]Veränderung in Prozent.

Lesehilfe: Der Koeffizient der „Veränderung Arbeitslosenquote“ in der ersten Spalte gibt an, dass – unter sonst gleichen Bedingungen – eine zwischen Dezember 2012 und März 2017 um ein Prozent gestiegene Arbeitslosenquote mit einem um 0,237 Prozentpunkte niedrigeren AfD-Stimmenanteil einhergeht. Drei Sterne geben an, dass der Effekt mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent signifikant ist. Das R-Quadrat in derselben Spalte zeigt, dass die betrachteten wahlkreispezifischen Variablen 46,2 Prozent der regionalen Unterschiede der AfD-Ergebnisse erklären können. Das adjustierte R-Quadrat bereinigt den Erklärungsgehalt des Modells um die Anzahl der erklärenden Variablen, da die Hinzunahme jeder weiteren Variable per Definition die erklärte Varianz erhöht. Die Variable „Dummy-Ost“ erfasst die durchschnittlichen Unterschiede der ostdeutschen Wahlkreise gegenüber den westdeutschen.

Quelle: Bundeswahlleiter.